



**Motion der SVP-Fraktion
betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im Bürgerrechtsgesetz (BüG):
Künftig soll keine Doppelbürgerschaft mehr möglich sein
vom 4. Dezember 2020**

Die SVP-Fraktion hat am 4. Dezember 2020 folgende Motion eingereicht:

Der Kanton Zug reicht gestützt auf Art. 160 Abs. 1 BV die folgende Standesinitiative ein: Die Bundesversammlung wird aufgefordert, das BüG (Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts) so zu ergänzen, dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist. Die Person, die sich einbürgern lassen will, muss im Falle einer Einbürgerung die vorherige Staatsbürgerschaft aufgeben.

Die Schweiz und andere europäische Länder stehen vor dem Problem, dass sie gefährdende Personen, ja sogar verurteilte oder unter Beobachtung stehende Terroristen nicht aus dem Land ausweisen können, weil sie eingebürgerte Doppelbürger sind. Immer wieder begehen den Behörden bereits bekannte und unter Beobachtung stehende Gefährder Gewalt- und Sexualstraftaten bis hin zu Terroranschlägen. Sie verursachen dadurch enormes Leid. Zur Belohnung können die Gefährder und Terroristen mit Schweizer Pass nicht ausgeschafft werden. Müssten diese Personen sich zwischen der Schweiz und ihrem Herkunftsland entscheiden, führte dies zu weniger Einbürgerungen, mehr Sicherheit und weniger Folgekosten.

Zusätzlich kommt es durch die enorm hohe Zahl der Einbürgerungen (1990 waren es noch unter 10'000, seit 2015 immer über 40'000) immer wieder zu Einbürgerungen von nicht integrierten, der Sprache nicht mächtigen oder gar straffällig gewordenen Personen.

Mit der Ergänzung des BüG dahingehend, dass künftig keine Doppelbürgerschaften mehr möglich sein sollen, soll auch auf den Integrationswillen eingegangen werden. Wer sich aus Überzeugung für die Schweizer Staatsbürgerschaft entscheidet und bereit ist, seine vorherige Staatsbürgerschaft aufzugeben, der ist eher bereit, sich zu integrieren.

Doppelbürgerschaften hindern einige Einwanderer an einer erfolgreichen Integration. Am Ende einer erfolgreichen Integration soll der Erhalt der Schweizer Staatsbürgerschaft stehen. Eine gute, aktive Integration würde somit belohnt und der Anreiz, sich voll und ganz zu integrieren, auf eine positive Art und Weise gefördert.